

»POLITIKBERATUNG UNABHÄNGIG VON DER REGIERUNGSMEINUNG«

INTERVIEW MIT UWE BARTH, MDB

Uwe Barth, MdB, ist u.a. ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Er ist seit 2005 für die FDP-Fraktion Berichterstatter für TA.

Herr Barth, Sie gehören seit dieser Legislaturperiode zu den neuen Berichterstattern für Technikfolgenabschätzung und haben erste Erfahrungen mit der parlamentarischen TA und dem TAB gesammelt. Was war Ihre damalige Motivation, dieses Amt zu übernehmen?

Da wir als FDP-Fraktion im Forschungsausschuss nur mit drei Abgeordneten vertreten sind, war mit Blick auf meinen beruflichen Hintergrund als Naturwissenschaftler relativ schnell klar, dass mir diese Aufgabe zufallen würde. Als Naturwissenschaftler – glaube ich – hat man auch eine gewisse Affinität zur Technikfolgenabschätzung. Man hat sich bereits vorher in der einen oder anderen Situation damit beschäftigt, wie sich z.B. bestimmte technische Entwicklungen auswirken. So habe ich dieses Amt bewusst und auch mit einer freudigen Erwartung ob der naturwissenschaftlichen Bezüge übernommen.

... und was waren Ihre ersten Eindrücke?

Die waren im Wesentlichen positiv – muss ich sagen. Was mich etwas stört, ist die ideologische Diskussion um das eine oder andere Thema im Kreise meiner Bundestagskollegen. Das liegt natürlich nicht an der Arbeit des TAB, denn diese Diskussionen kann es ja nicht beeinflussen. Manchmal haben allerdings auch die TAB-Berichte eine

gewisse Tendenz, die kritischen Aspekte von neuen Technologien und neuen Techniken hervorzukehren. Aber ich kann so was zunächst mal auch ausblenden. Als Naturwissenschaftler bin ich vielleicht insgesamt ein bisschen nüchterner. Ich sage mir, das TAB soll erstmal seine Arbeit machen und einen Bericht vorlegen. Was ich dann damit mache und was das konkret für meine Arbeit bedeutet, das habe ich dann immer noch selbst in der Hand.

Hatten Sie bestimmte Erwartungen an dieses Amt?

Ja, ich hatte den Eindruck, dass viele Debatten sehr einseitig ideologisch und technik- bzw. technologiefeindlich geführt werden. Da war meine Erwartung schon, mal zu schauen, ob es mit dem Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag gelingt, zumindest am Startpunkt solcher Debatten ein bisschen mehr Sachlichkeit reinzubringen.

Eine Ihrer ersten Aktivitäten als Berichterstatter für TA war, unter einer Vielzahl von Projektvorschlägen diejenigen auszuwählen, die vom TAB in nächster Zeit bearbeitet werden sollen. Wie beurteilen Sie diesen Entscheidungsprozess?

Den Entscheidungsprozess über die umfangreiche »Themenwunschliste« für TAB-Projekte habe ich als sehr angenehm empfunden. Es waren na-

türlich teilweise schwierige Diskussionen, aber nur weil eine Diskussion schwierig ist, muss es ja nicht unangenehm sein. Angenehm war es vor allem deshalb, weil dies die erste Erfahrung damit war, dass man sich durch das Einstimmigkeitsprinzip um Ausgewogenheit bemüht. Hierdurch wird verhindert, dass sich einseitige Interessen durchsetzen und das TAB für diese Interessen missbraucht wird. Man muss dann auch zugestehen, dass der eine oder andere Kollege bzw. die eine oder andere Fraktion andere Schwerpunkte als man selbst hat und in andere Richtungen denkt als man selbst. Diese unterschiedlichen politischen Absichten, die auch bei der Themenauswahl zum Ausdruck kommen, muss man durchaus gegenseitig akzeptieren. Das führt dann nach Vorlage des Berichtsentwurfs durch das TAB dazu, dass man in jene Berichte, wo man diese politischen Absichten erahnt, vielleicht ein bisschen genauer reinschaut, ob sich diese Ahnung – oder diese Befürchtung, wie auch immer man das nennen will – bestätigt. Aber es ist ein Geben und Nehmen, womit auf jeden Fall Extreme gut verhindert werden.

Welches der »neuen« Themen liegt Ihnen besonders am Herzen?

Es sind ja viele interessante Themen dabei: Gendoping zum Beispiel halte ich für eine ganz spannende Geschichte. Auch das Projekt »eLearning« ist eines, bei dem ich wirklich gespannt bin auf die Ergebnisse. Aber mein eigentlicher Favorit ist die Energiespeicherung, und dieses Interesse erklärt sich daraus, dass ich Physiker bin. Wir haben gerade heute die De-

batte im Bundestag über die Klimapolitik, und die Frage der Energiespeicherung wird hierbei eine große Rolle spielen.

Würden Sie sich in der Generierung neuer Themen eine aktivere Rolle des TAB selbst wünschen?

Das halte ich prinzipiell für eine gute Idee, die aber auch ihre Probleme hat, was ich nicht verhehlen will. Wenn man Wissenschaftlern die Möglichkeit gibt, sich selbst ihre Themen zu suchen, ist das natürlich nicht ganz unproblematisch. Aber die Technikfolgenabschätzung kann nicht gänzlich losgelöst gesehen werden von der Frage, welche Techniken und Technologien auf uns zukommen. Und diese Diskussion spielt sich nicht zuerst in der politischen Debatte ab, sondern in der Wissenschaft. Und irgendwann stellt man dann fest, da hätte man sich als Politiker vielleicht schon früher Gedanken machen müssen. Da haben doch die Mitarbeiter im TAB, im ISI und den anderen Institutionen, mit denen das TAB kooperiert, schon eher die aktuellen wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen im Blick. Deswegen denke ich, dass ich mir schon eine aktivere Rolle des TAB bei der Generierung neuer Themenvorschläge wünschen würde. Man muss sich natürlich ein Verfahren ausdenken, wie man das am besten umsetzen kann. Aber diesen Grundsatz, dass das TAB das gar nicht darf, den würde ich schon überdenken wollen.

Worin sehen Sie die spezifische Funktion der parlamentarischen Technikfolgenabschätzung? Gibt es bereits Beispiele dafür, dass Ihnen TA-Er-

gebnisse in Ihrer parlamentarischen Arbeit besonders genutzt haben?

Also ich glaube, die parlamentarische TA hat zum einen die Aufgabe, dass man sich zunächst einmal über bestimmte Entwicklungen einen Überblick verschaffen kann, insbesondere über den Stand der Technik. Das ist das eine. Das zweite ist, dass der Begriff »Folgenabschätzung« einen Anspruch mit sich bringt. Man will wissenschaftlich untersuchen, welche Folgen dieser oder jener Umgang mit der einen oder anderen Technologie hat. Dabei geht es nicht immer nur um die Frage der Einführung einer Technik, sondern es muss auch die Frage gestellt werden, was passiert, wenn wir eine Technik nicht weiter verfolgen.

Dann kommt noch hinzu »die parlamentariergerechte Aufbereitung wissenschaftlicher Themen«, wie das in der TAB-Broschüre genannt wird. Wir bekommen ja die teilweise komplizierten Sachverhalte so aufbereitet, dass man sie auch weiter kommunizieren kann. Diese Übersetzungsleistung in eine Alltagssprache ist immer ganz schwierig, und das leistet das TAB dankenswerterweise gleich mit. So kann ich diese Berichte ganz gut verwenden, weil sie schon in einer Sprache abgefasst sind, die ich fast »eins zu eins« z.B. für irgendwelche Podiumsdiskussionen übernehmen kann.

Und das hat Ihnen auch schon konkret genutzt?

Das nützt nicht so sehr in der parlamentarischen Arbeit, weil ich da für die Bereiche Bildung und Hochschule

zuständig bin und dazu gibt es nicht so viele Themen im TAB. Aber ich bin auch Landesvorsitzender in Thüringen und da muss man ein bisschen mehr Generalist sein. Und da kann man aus Berichten wie z.B. dem zur »Grünen Gentechnik« für Podiumsdiskussionen, für Gespräche oder auch für Interviews mit Zeitungen schon relativ viel herausziehen. Und das habe ich auch schon gemacht. Es wäre unsinnig, wenn ich die Berichte daliegen habe und diese nicht nutzen würde.

Der TA wurde eine Zeitlang und von gewissen Kreisen vorgeworfen, sie schaue einseitig auf die (negativen) Folgen von Technologien. Wie stehen Sie nach ihren bisherigen Erfahrungen zu diesem Vorwurf?

Diese Erfahrung habe ich noch nicht gemacht. Das liegt auch einfach daran, dass ich erst anderthalb Jahre dabei bin. Aber dass dieses Problem grundsätzlich vorhanden ist, darauf habe ich schon eingangs hingewiesen. Es hängt auch vom Thema ab. Es sind immer auch Themen dabei, die schon länger in einer kontroversen Diskussion sind. Denken Sie an die Gentechnik oder die Stammzellforschung. Aber man darf die Ebenen auch nicht vermischen: Das was politisch hinterher mit den Berichten gemacht wird – das ist einfach eine andere Sache, und das hat das TAB auch nicht mehr an der Hand.

Vermeehrt finden Präsentation und Diskussion der Ergebnisse von TAB-Studien im Bundestag in öffentlichen Ausschusssitzungen oder auf Fachgesprächen statt. Wie beurteilen Sie dieses Bemühen, sich verstärkt an eine

breitere (Fach-)Öffentlichkeit zu wenden? Haben Sie weiter gehende Vorschläge, die Vermittlung und Verwertung der TAB-Ergebnisse zu verbessern?

Grundsätzlich ist alles, was Öffentlichkeit bringt, zu begrüßen, weil am Ende diese unterschiedlichen Befassungen des TAB Vorbereitungen für Entscheidungen sind, die sich der Öffentlichkeit stellen müssen und die sich öffentlich auswirken. Deshalb ist es gut, wenn die Öffentlichkeit Notiz davon nimmt, dass diese Entscheidungen seriös vorbereitet wurden. Mit dem derzeitigen Stand der öffentlichen Präsenz des TAB kann man glaube ich noch nicht zufrieden sein. Selbst im Bundestag werden von den 614 Kolleginnen und Kollegen nicht alle von der Existenz dieses Büros wissen. Und das wird natürlich, wenn man auf der Straße eine Umfrage machen würde, nicht besser sein, um es einmal vorsichtig zu formulieren. Deswegen muss man sich wirklich Gedanken darüber machen, wie man diese öffentliche Präsenz und Aufmerksamkeit weiter erhöhen kann.

Ein Weg wäre über die jeweiligen Fachöffentlichkeiten, über die sogenannten interessierten Kreise und über die Partner, mit denen das TAB ja regelmäßig zusammenarbeitet. Vielleicht wäre ja eine Idee, die Vergabe von Aufträgen noch breiter zu streuen als bisher. Dies würde vielleicht auch die Nachfrage nach den Ergebnissen erhöhen, denn jedes Institut, jede Universität, die in so einem Projekt mal mitgearbeitet hat, will natürlich das Ergebnis des eigenen Projekts haben und verbreiten.

In Bezug auf die Bekanntheit innerhalb des Bundestages wäre vielleicht eine Idee, diejenigen Ausschüsse, die bisher noch nicht mit dem TAB zusammengearbeitet und eigene Themen vorgeschlagen haben, zu animieren, sich mal mit einem Thema an das TAB zu wenden. Auf diesem Wege könnte man die Kollegen davon überzeugen, dass das TAB tatsächlich seriöse und nützliche Arbeit macht.

Die parlamentarische TA war programmatisch angetreten, das Parlament gegenüber der Exekutive in technologiepolitischen Fragen kompetenter, unabhängiger und selbstständiger zu machen. Halten Sie dies für einen berechtigten Ansatz, und wenn ja, wovon hängt es aus Ihrer Sicht in erster Linie ab, dass diese Programmatik umgesetzt werden kann?

Also, ich halte das nicht nur für richtig, sondern ich halte es sogar für notwendig. Das trifft auf einen Oppositionsabgeordneten noch mehr zu als auf einen Abgeordneten aus einer Regierungsfraktion. Letzterer hat immer die Möglichkeit, auf ein Ministerium zuzugreifen. Die Ministerien haben ei-

gene Mittel, um Forschungs- und Untersuchungsaufträge an wissenschaftliche Einrichtungen zu vergeben. Als Oppositionsabgeordneter habe ich ja praktisch keine Möglichkeit – insbesondere in dieser thematischen Breite –, mich mit unabhängigem Fachwissen zu versorgen.

Es gibt natürlich den Lobbyismus, den ich auch als Informationsquelle für notwendig halte. Aber der ist immer geprägt durch die jeweils dahinter stehenden Interessen. Man erhält beim Lobbyisten immer Extremmeinungen und muss die dann selbst sichten und bewerten. Diese Aufgabe übernimmt aber das TAB bei den von ihm bearbeiteten Themen für mich. Da erhalte ich in aller Regel eine nüchterne Darstellung, die nicht vorgeprägt ist und die mir für meine eigenen Interpretationen frei zugänglich ist. Und dies halte ich eigentlich für den Kernpunkt, dass es eine unabhängige, auch von der Regierung unabhängige Institution für den Bundestag gibt. Der Bundestag verfügt über eine Instanz der Politikberatung, die mir eine Meinungsbildung unabhängig von der Regierungsmeinung ermöglicht.

Uwe Barth, MdB (FDP, Wahlkreis: Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis, Thüringen), ist 1964 in Bad Langensalza geboren und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss und im Ausschuss für Tourismus. Herr Barth ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und Berichterstatter für TA. Er ist Diplomphysiker.



Kontakt: uwe.barth@bundestag.de